Mai/Juni/Juli 2019
Ausgabe 43

.ausgestrahlt magazin

gemeinsam gegen atomenergie

Atomkraft hofft auf Klimawandel

Warum AKW die Klimakrise nicht lösen, sondern verschärfen – und trotzdem viele damit liebäugeln

Schwerpunkt Seite 6–9

Zurück auf Los

Warum die Standortsuche für ein Atommüll-Lager vom Kopf auf die Füße gestellt gehört – damit sie nicht scheitert

Seite 10–11

Ab ins Feuer

Teile des AKW Gundremmingen landen im Müllheizkraftwerk Weißenhorn, hat Herbert Richter aufgedeckt – kein Einzelfall

Seite 12–13

Noch mehr Geld

Die EU-Kommission will Euratom stärken, anstatt die Atom-Förder-Gemeinschaft abzuschaffen

Seite 14–16

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Strahlende Verführung
Einleitung | Kaum rückt der Schutz des Weltklimas mal richtig in den Fokus, wittern die Atom-Fans schon wieder Morgenluft. Dabei behindert Atomkraft effektiven Klimaschutz in jeder Hinsicht

8 „Jeder Tag mehr kostet Geld“
Interview | Der Wirtschaftswissenschaftler Christian von Hirschhausen über die Laufzeiten von AKW, über Kohlefans, die für Atomkraft werben, und über effektiven Klimaschutz

10 Vom Kopf auf die Füße
Analyse | In zahlreichen Artikeln in den letzten Ausgaben dieses Magazins hat .ausgestrahlt Details der Standortsuche für ein dauerhaftes Atommüll-Lager kritisiert. Hier stellen wir noch einmal dar, worum es im großen Ganzen geht – und wie es besser gehen könnte

12 Brennendes Interesse
Hintergrund | Wochenlang herrscht in der bayerischen Kleinstadt Weißenhorn Aufregung um eine Müllverbrennungsanlage. Das .ausgestrahlt-Magazin ist daran nicht ganz unbeteiligt

14 „Dann kippt das Ganze“
Interview | Patricia Lorenz, europaerfahrene Atom-Kampaignerin von Global 2000 und Friends of the Earth Europe, über die Atompläne der EU-Kommission, weitere Euratom-Kredite für neue AKW und den Einfluss Deutschlands auf die europäische Atompolitik

16 Ungemein nützlich
Hintergrund | .ausgestrahlt ist gemeinnützig und steuerbegünstigt, hält das Attac-Urteil aber trotzdem für einen Skandal

17 Atomkraft in Litauen
Hintergrund | Alle Reaktoren mussten schließen, einen AKW-Neubau verhinderte ein Referendum. Atomstrom aber fließt noch immer

18 „Erzählt man Details, sind die meisten schockiert“
Porträt | Katharina Müller, 18, hat die Fridays-for-Future-Streiks in Paderborn mit initiiert und wirbt dafür, auch für die Abschaltung aller AKW zu demonstrieren – weil viele die Atom-Gefahr schon nicht mehr auf dem Schirm haben

20 .ausgestrahlt-Shop

22 Rückblick

24 Klimaschutz ausgebremst
Infografik | Je schneller die Erneuerbaren Energien ausgebaut werden, desto besser für Atomausstieg und Klima. Doch die Politik bremst – trotz drastisch gesunkener Kosten etwa für Solarstrom

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges Team von Ehrenamtlichen und Angestellten.
ausgestrahlt.de/ueber-uns

Miriam Tornieporth ist nach ihrer Elternzeit wieder zurück im .ausgestrahlt-Büro. **Peer Lütgens** arbeitet seit März nicht mehr bei .ausgestrahlt.

Dieses **.ausgestrahlt-Magazin** erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir. Möchtest Du das Magazin nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis.
ausgestrahlt.de/magazin

Der **.ausgestrahlt-Newsletter** informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.
ausgestrahlt.de/newsletter

Mehr als 3.500 Förderer und Förderinnen legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!
ausgestrahlt.de/foerdern

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
ausgestrahlt.de

Redaktion: Angela Wolff, Armin Simon, Jochen Stay
Bildredaktion: Andreas Conradt
Mitarbeit: Carolin Franta, Davorka Lovrekovic, Julia Schumacher, Julian Jenkel, Jürgen Rieger, Reinhard Wolff, Sarah Lahl, Ute Bruckart
Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender
Druck: Vetters, Radeburg, auf Recyclingpapier
Auflage: 23.000
V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

Foto: Julia Baier / laif

Protest gegen geplante Laufzeitverlängerungen im September 2010 in Berlin

Es ist noch nicht vorbei

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist ein großer Erfolg der Anti-Kohle-Bewegung und der „Friday-for-Future"-Proteste, dass Klimaschutz endlich wieder Thema und die Politik in Zugzwang ist. Das ist eine riesige Chance auch für die Energiewende, die eine Voraussetzung dafür ist, die Klimaziele von Paris zu erreichen. Wenn es gut liefe, würde endlich die Bremse gelöst beim Ausbau der Erneuerbaren, bei Speichertechnik, Sektorkopplung, Nachfragemanagement – kurz: der notwendige Umbau des Energiesystems beherzt vorangetrieben. Alle sieben AKW plus etliche Kohlekraftwerke würden sofort vom Netz gehen, der Rest binnen weniger Jahre folgen. Bis dahin würde eine CO_2-Abgabe insbesondere die besonders klimaschädliche Braunkohle ausbremsen. Der Kohleboom der letzten Jahre wäre passé.

Es läuft aber nicht gut. Ob die CO_2-Abgabe kommt, steht noch in den Sternen. Wenn sie kommt, würde sie als erstes der Atomkraft einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Und wenn es ganz dumm kommt, dann laufen die AKW, die davon profitieren, sogar noch über das derzeit gesetzlich vereinbarte Abschaltdatum 2022 hinaus.

Denn im Windschatten der Klimadebatte wittern die Atom-Fans, gerade mal acht Jahre nach Beginn der Atomkatastrophe von Fukushima, bereits wieder Morgenluft. „Atomausstieg ist Unsinn", flüstern sie, „denkt doch an das Klima". Und glaubt man den Umfragen, gehen ihnen erschreckend viele auf den Leim.

Ihnen kommt zupass, dass viele jüngere Menschen, die heute für das Klima auf die Straße gehen oder in die Kohlegrube steigen, die jahrzehntelange Auseinandersetzung um die Atomkraft gar nicht mehr kennen. Sie sind auf die Welt gekommen, als Rot-Grün den sogenannten „Atomausstieg" beschlossen hat. Sie waren in der Grundschule, als Fukushima explodierte. Tschernobyl sagt ihnen nichts. Mit den vielen guten Argumenten gegen Atomkraft haben sie sich oft noch nie befasst.

Die Älteren, die alles das noch kennen, müssen jetzt für einen Wissenstransfer sorgen. .ausgestrahlt hat jede Menge Infomaterial erstellt, das dabei helfen kann, insbesondere auch zum Thema Klima & Atom. Du kannst es kostenlos bestellen (Seite 20/21). Hilf mit, das Wissen und die Argumente weiterzugeben – zum Beispiel direkt bei den Klimaprotesten.

Der Kohle-Kampaigner von Greenpeace schrieb 2014 in einem Gastbeitrag für den .ausgestrahlt-Rundbrief: „Die Bewegungen gegen Atomkraft und gegen Kohle müssen sich gegenseitig unterstützen, sie dürfen sich niemals gegeneinander ausspielen lassen." Jetzt kommt es drauf an.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team

Foto: Hans Hermann Müller

„Albrecht, wir kommen!": der Gorleben-Treck 1979

Gorleben, Harrisburg, Hannover

Mit 350 Traktoren brechen am 25. März 1979 Atomkraftgegner*innen aus dem Wendland auf nach Hannover – Protest gegen das in Gorleben geplante „Nuklearen Entsorgungszentrums" aus Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) und tiefengeologischem Atommülllager. Während des mehrtägigen Trecks kommt es im US-Atomkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg in Pennsylvania zu einer Kernschmelze. Die Ankunft am 31. März in Hannover gerät mit 100.000 Teilnehmer*innen zur bis dahin größten Anti-Atom-Kundgebung in Deutschland. Kurz darauf erklärt Ministerpräsident Albrecht (CDU) zumindest eine WAA in Gorleben für „politisch nicht durchsetzbar". Die tiefengeologische Lagerung von hochradioaktivem Atommüll im rissigen Gorlebener Salzstock jedoch ist selbst 40 Jahre später nicht vom Tisch. Zum Jubiläum würdigen Ausstellungen im Historischen Museum Hannover (bis 28.7.) und im Kreishaus Lüchow (bis 30.6.) den Treck und seine Folgen.

bi-luechow-dannenberg.de
historisches-museum-hannover.de

Zwischenlager unterversichert

Tausende Tonnen hochradioaktiven Atommülls aus den deutschen Atomkraftwerken lagern in Castor-Behältern, die in mit Luftschlitzen versehenen Betonhallen (in Neckarwestheim in einem oberflächennahen Stollen) stehen. Bei einem Leck, Unfall oder Anschlag könnten große Mengen radioaktiver Stoffe ungehindert entweichen. Die Deckungssumme für jedes Lager hat der Bund auf 350 Millionen Euro begrenzt. Die europaweite Ausschreibung einer entsprechenden Haftpflichtversicherung brach die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) ab, stattdessen gab der Bund eine Garantieerklärung ab, wonach er die Summe im Bedarfsfall aufbringen werde. Für darüber hinausgehende Schäden haftet der Betreiber der Lager mit seinem Vermögen. Viel zu holen ist da allerdings nicht: Die BGZ ist eine „Gesellschaft mit begrenzter Haftung".

Foto: RWE

Das Zwischenlager am AKW Emsland 2011. Ende 2018 standen hier schon 47 Castoren

Foto: Archiv

Putzroboter im Einsatz, hier in der Atomanlage Sellafield

Putzroboter stürzt in Reaktor

Um einen festsitzenden Putzroboter zu bergen, hat die Betriebsmannschaft des AKW Fessenheim-1 unweit von Freiburg am 22. Februar die Kühlung des Reaktorkerns außer Kraft gesetzt. Der Roboter sollte eigentlich den Boden des Reaktorbeckens reinigen, in dem bei Revisionsarbeiten die strahlenden Einbauten aus dem Reaktorkern zwischengelagert werden. Dabei rutschte er über die Kante in den noch offen stehenden Reaktordruckbehälter. Nach Informationen der „Badischen Zeitung" blieb er etwa einen Meter oberhalb der Brennelemente hängen, wo er von einem Rohr des Kühlkreislaufs festgesaugt wurde. Zum Zeitpunkt des Unfalls war der Reaktor seit einem Monat abgeschaltet, die Wärmeentwicklung entsprechend gering. Die französische Atomaufsicht kritisierte unter anderem, dass der Betreiber EDF die beim Abschalten der Kühlpumpe aufleuchtenden Warnsignale vorschriftswidrig ignoriert und die in einem solchen Fall vorgesehenen Notfallprozeduren nicht eingeleitet habe.

Atomskepsis in Japan ungebrochen

Drei Viertel der japanischen Bevölkerung sind nach wie vor nicht dafür, die zahlreichen nach der Atomkatastrophe von Fukushima abgeschalteten japanischen AKW wieder in Betrieb zu nehmen. Das ergab eine Umfrage im Auftrag der Pro-Atom-Lobby Japan Atomic Energy Relations Organization. Demnach befürworten lediglich 27 Prozent ein Wiederanfahren der Meiler, 19 Prozent sind explizit dagegen. Nach Angaben des Japanischen Atomindustrie-Forums gelten in der Bevölkerung seit Jahren Solar-, Wind- und Wasserkraft als die bevorzugten Energiequellen für Japan. Von den einst 54 japanischen AKW sind acht Jahre nach dem Super-GAU von Fukushima neun wieder am Netz. Die Regierung will ihre Zahl ungeachtet der öffentlichen Meinung auf 30 steigern.

Foto: Matthias Lambrecht

Anti-Atom-Protest in Tokio im April 2011

Foto: Herr Olsen / flickr

Atomstrom macht die Heizung kalt

Unflexible Atomkraftwerke sorgten Anfang Februar unter anderem in rund hundert Haushalten im niedersächsischen Wilstedt und Umgebung für kalte Heizkörper. Die Häuser werden mit Abwärme aus elf Blockheizkraftwerken versorgt, die aus regionaler Biomasse Strom erzeugen – vorbildlich im Sinne der Energiewende. Am 9./10. Februar gab es viel Windstrom, der Stromverbrauch war wochenendbedingt eher niedrig. Während jedoch selbst Kohlekraftwerke ihre Leistung drastisch reduzierten, liefen die AKW mehr oder weniger durch; ihre Stromproduktion sank um ganze 9 Prozent. Die Biogas-Blockheizkraftwerke hingegen wurden nach Angaben des Landesverbands Erneuerbare Energien auf Anweisung von Netzbetreiber Tennet für 28 Stunden am Stück komplett abgeschaltet – und damit auch die ökologisch sinnvolle Wärmeversorgung der Haushalte.

Widerstandsparty und Kulturelle Landpartie

Bei der Standortsuche für ein tiefengeologisches Atommülllager schaffen die Behörden schon wieder heimlich Fakten, die Betroffenen haben weder Mitsprache- noch Klagerechte, selbst eine Lagerung des hochradioaktiven Abfalls im maroden Salzstock Gorleben ist weiter möglich und sieben AKW produzieren jeden Tag weiteren Müll. Grund genug für die **„Widerstandspartie" am Pfingstfreitag, 7.6., an den Gorlebener Atomanlagen**, bei denen Du auch .ausgestrahlt antriffst. In den Tagen davor und danach – von Himmelfahrt (30.5.) bis Pfingstmontag (10.6.) – öffnen Künstler*innen und Kunsthandwerker*innen im Wendland ihre Scheunen und Ateliers zur **„Kulturellen Landpartie"**.
kulturelle-landpartie.de

Erste AKW-Inbetriebnahmen seit Fukushima

Im slovakischen AKW Mochovce könnte diesen Sommer der erste Reaktor in Europa seit Beginn der Atomkatastrophe von Fukushima in Betrieb gehen. Der 1987 begonnene Bau von Block 3 und 4 war 1993 abgebrochen und erst 2009 wieder aufgenommen worden, nachdem der staatliche italienische Energiekonzern ENEL eingestiegen war und 2 Milliarden Euro zugesagt hatte. Inzwischen sind die Fertigstellungskosten auf fast 6 Milliarden Euro gestiegen. Die österreichische Regierung kritisiert, dass die Meiler ungeachtet der Modernisierungen von ihrer Grundauslegung her veraltet seien und das Sicherheitsniveau neuer Anlagen nicht erreichten. Gemäß dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit von 1994 dürften sie daher nicht in Betrieb gehen. Dies werde sie gegenüber der Slowakei und auf EU-Ebene einfordern. Auch Block 4 des AKW Mochovce sowie der Reaktorneubau im finnischen AKW Olkiluoto sollen noch 2019 ans Netz gehen.

Foto: Peko / Wikipedia

AKW Mochovce, Blöcke 1–4

Protest und Mahnung: 33 Jahre Tschernobyl

Am 26. April jährt sich der Super-GAU im ukrainischen AKW Tschernobyl zum 33. Mal. Eine Übersicht über Mahnwachen, Veranstaltungen und Aktionen findest Du auf **ausgestrahlt.de/jahrestage2019**

Das AKW Brokdorf, das selbst bei Starkwind seine Leistung kaum drosselt, steht der Energiewende im Weg wie kein anderes Kraftwerk – und soll nach dem Willen von Eon dennoch bis Ende 2021 das Netz verstopfen. Atomkraftgegner*innen laden deshalb am Sonntag, den 28.4., zur Protest- und Kulturmeile um den Reaktor.
akw-brokdorf-abschalten.de

Strahlende Verführung

Einleitung | Kaum rückt der Schutz des Weltklimas – zu Recht! – mal richtig in den Fokus, wittern die Atom-Fans schon wieder Morgenluft. Dabei behindert Atomkraft effektiven Klimaschutz in jeder Hinsicht

Entwicklung der Stromgestehungskosten unterschiedlicher Technologien, in US-Dollar pro Megawattstunde Strom

Klimawandel & Atom

Einen guten und aktuellen Überblick über die Treibhausgasemissionen von Atomkraft und die Aussichtslosigkeit, mit Atomkraft den Klimawandel bekämpfen zu können, gibt die Studie „Climate change and nuclear power" im Auftrag des World Information Service on Energy (WISE). Download unter **ausgestrahlt.de/energiewende**

Erinnert sich noch jemand an die niedlichen Buchsbäumchen, zu AKW-Silhouetten geschnitten, die im Auftrag des Deutschen Atomforums den echten Klimawandel missbrauchten, um einen gesellschaftlichen Klimawandel herbeizuführen in der Energiepolitik? Die Zeitungsanzeigen, in denen Atomkraft auf einmal nicht mehr gelb giftig gefährlich, sondern grün und öko aussah. „Ungeliebte Klimaschützer" betitelten sich die Meiler damals, deren Betrieb tagtäglich Leben und Gesundheit von Millionen Menschen aufs Spiel setzte. Zehn, zwölf Jahre ist das her, die Story zündete. Sie mündete in einen Beschluss des Bundestages, die Laufzeit der damals noch 17 AKW in Deutschland um bis zu 14 Jahre zu verlängern – das nannte sich dann „Klima- und Energiekonzept".

Ganz so weit sind wir noch nicht wieder. Aber wer die Kommentarspalten der Zeitungen liest, sich durch die Talkshows zappt, kann manches Déjà-vu nicht mehr vermeiden. Da orakelt ein schriftstellernder Investmentbanker im „Spiegel" von einer atomaren „Brückentechnologie". Im „Handelsblatt" träumt ein Volontär von Kernfusion. Die EU will Forschungsmilliarden für ein Reaktorexperiment als „Klimaschutzmaßnahme" verbuchen. Und eine Pro-Atom-Initiative lässt freitags „Greta, go nuclear!"-Postkarten an Schüler*innen verteilen.

Provokation oder Verführung

Überhaupt, Greta Thunberg: Die 16-jährige Schülerin, deren hartnäckiger Protest jeden Freitag Zigtausende anspornt, eine Klimaschutzpolitik einzufordern, die diesen Namen auch verdient, hat in einem Facebook-Post einen ziemlich verhaltenen Satz des Weltklimarats zu Atomkraft bloß zitiert, da nehmen Kommentator*innen quer durch die Bank sie schon feixend als angebliche Kronzeugin pro Atomkraft in Beschlag – ungeachtet ihrer Klarstellung, dass sie mit AKWs gar nichts am Hut haben will.

Mit Atomkraft gegen den Klimawandel – ist das nur die erwartbare Sau, die noch ein letztes Mal durchs Dorf getrieben wird? Die kleine, aber harmlose Provokation, mit der noch jede Provinzzeitung zu punkten hofft? Oder ist es doch auf ein Neues – siehe oben! – die strahlende Verführung, der viele, zu viele, bewusst oder unbewusst erliegen? Weil es so einleuchtend erscheint, mit der guten alten Atomkraft, vor deren Risiken man die Augen ja einfach mal verschließen kann, ein bisschen weniger CO_2 in die Luft zu jagen als aus rauchqualmenden Kohleschloten. Eine Frage, alles drumrum ausgeblendet, nur zwei Antworten: Diese Falle ist perfekt. In Meinungsumfragen sind die einer Laufzeitverlängerung der AKW Wohlgesonnenen schon fast eine Mehrheit.

Dabei spricht, will man die Erderwärmung ernsthaft begrenzen, nichts für, sondern vielmehr alles gegen Atomkraft. Aber der Reihe nach.

2-Prozent-Technik

Global gesehen hat Atomkraft schlicht und einfach keine Chance, das Klima zu retten. Alle rund 400 AKW weltweit decken zusammen gerade einmal 2 (!) Prozent des derzeitigen Weltenergiebedarfs. Wer diesen Anteil auch nur halten will, muss neue AKW im Monatsrhythmus in Betrieb nehmen, darf aber keine alten Reaktoren abschalten, denn der Weltenergiebedarf steigt ja. Die tatsächlich installierte Reaktorleistung hingegen ist heute nicht höher als vor zehn Jahren.

Wer darüber hinaus noch Treibhausgasemissionen reduzieren will, müsste fossile Kraftwerke durch AKW ersetzen, also den Anteil der Atomkraft merklich steigern. Das hieße AKW-Neubauten im Tages- oder Stundenrhythmus – fernab jeder Realität, und das Uran würde dann auch ziemlich schnell knapp. Bau-, Planungs- und Genehmigungszeiten für neue Atommeiler lassen ebenfalls keine aus Klimasicht rechtzeitigen Effekte erwarten.

Auch die viel zitierten Entwicklungen famoser neuer Reaktortypen kommen schon rein zeitlich nicht in Betracht: Der Klimawandel muss in den nächsten zehn bis 20 Jahren verhindert werden. Keine dieser neuen Technologien wird in dieser Zeit reell zur Verfügung stehen.

Ökonomisch ist Atomkraft ebenfalls kontraproduktiv, und zwar sowohl für den eigenen Geldbeutel als auch für die Klimaschutzkasse: AKW sind erstens die teuerste Stromerzeugungstechnik, ohne gewaltige Subventionen nirgendwo wirtschaftlich; von den immensen nuklearen Folgekosten für Atommüll und Atomunfälle ganz zu schweigen. Zweitens würde jeder für Atomkraft ausgegebene Euro in kürzerer Zeit mit geringerem Risiko größere CO_2-Einsparungen bewirken, wenn er in Effizienz, Erneuerbare Energien oder Wärmedämmung flösse. Auf Atomkraft zu setzen, verhindert also Klimaschutz schon rein monetär.

Zu hohe CO_2-Emissionen

Atomkraft ist darüber hinaus beileibe keine CO_2-freie Technologie. Ihr Klima-Fußabdruck nimmt sogar zu, weil immer gigantischere Mengen Gestein aufwendig bewegt und zermahlen werden müssen, um immer weniger Uran daraus zu gewinnen. Die Anreicherung des Brennstoffs, die Behandlung und Lagerung der Abfälle sowie die Renaturierung der Uranfördergebiete verursachen weitere bedeutende CO_2-Emissionen, wie eine aktuelle Studie des „World Information Service on Energy“ (WISE) zeigt. Wobei der Aufwand und damit auch die Treibhausgasemissionen, die insbesondere die langfristige Lagerung des Atommülls noch erfordern wird, bisher komplett unbekannt ist.

Auf Atomkraft zu setzen oder daran festzuhalten, zementiert auch die bisherige, durch Großkraftwerke geprägte Struktur der Stromversorgung. In einem solchen fossil-atomaren System ist für Erneuerbare Energien nur sehr eingeschränkt Platz. Wer auf Erneuerbare Energien umstellen will – und das, sagen alle Expert*innen, ist unabdingbar, um die Erderwärmung zu begrenzen – muss die Kraftwerke, die dem Umbau am meisten im Weg stehen, möglichst schnell abschalten: Das sind die Atomkraftwerke, denn sie sind aus Sicherheits- und technischen Gründen nicht in der Lage und auch ökonomisch nicht geeignet, eine fluktuierende Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom passgenau zu ergänzen. Ein Blick auf die reale Stromeinspeisung der unterschiedlichen Kraftwerkstypen in Deutschland an windigen und sonnigen Tagen spricht da Bände.

Energiewende oder Blockade

Sowohl die sieben noch laufenden AKW in Deutschland als auch etliche Kohlekraftwerke könnten, was die Versorgungssicherheit angeht, sofort vom Netz gehen. Ob sie das tun, hängt in erster Linie von politischen Beschlüssen und ökonomischen Rahmenbedingungen ab – und nicht vom restlichen Kraftwerkspark. Die Kohlekraftwerksbetreiber etwa pokern gerade mit der Bundesregierung um möglichst hohe Entschädigungen für das Abschalten ihrer Anlagen. Keiner der Betreiber würde seinen Ofen freiwillig vom Netz nehmen, bloß weil AKW länger laufen dürfen.

Eine Verlängerung von AKW-Laufzeiten hätte vor allem einen Effekt: Investitionen in und den Ausbau von Erneuerbaren Energien sowie in den Umbau der Energieversorgung zu verhindern und so die Energiewende insgesamt auszubremsen. Davon würden am Ende nicht nur die AKW-, sondern sogar die Kohlekraftwerksbetreiber profitieren. Der große Verlierer eines solchen Deals wäre, neben uns selbst: das Klima.

Armin Simon

Klima retten, Atomkraft stoppen!

Verschiedene .ausgestrahlt-Flyer informieren knapp und klar, warum Atomkraft das Klima nicht rettet (ein Exemplar liegt diesem Heft bei), Atom- und Kohleausstieg kein Widerspruch sind und mit welchen Schauermärchen die Atom- und Kohlelobby die Energiewende ausbremsen will.

→ Bestelle Dein **kostenloses Flyer-Paket zum Verteilen** auf der nächsten Klima-Demo, zum Auslegen oder für einen Infostand!

→ Gut für Demo und Balkon: Das „Weg mit Kohle und Atom“-Transparent.

Alle Materialien findest Du auf Seite 20/21, mehr Infos auf **ausgestrahlt.de/klima**

18 Jahre ist genug!

Zora, Lenny, Pina und Kilian. Vier junge Menschen, eine Botschaft: „Ihr steigt schon unser ganzes Leben lang aus. Atomausstieg jetzt!“ **Unterstütze ihre Forderung, indem Du sie verbreitest!** Ein Bogen mit **Postkarten** liegt diesem Heft bei, mehr davon sowie **Plakate** und **Sprechblasen** kannst du kostenlos bestellen auf Seite 20/21.

ausgestrahlt.de/atomausstieg-jetzt

Foto: IAEA

Atomkraft, ausgemalt in den schönsten Farben

„Jeder Tag mehr kostet die Gesellschaft Geld“

Foto: DIW

Interview | Der Wirtschaftswissenschaftler Christian von Hirschhausen über die Laufzeiten von AKW, über Kohlefans, die für Atomkraft werben, und über effektiven Klimaschutz

Christian von Hirschhausen

Prof. Dr. Christian von Hirschhausen, 55, ist Leiter des Fachgebiets Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an der TU Berlin und Forschungsdirektor „Internationale Infrastrukturpolitik und Industrieökonomie“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Der Wirtschaftswissenschaftler arbeitet seit Jahren regelmäßig zu energiepolitischen Themen.

Herr von Hirschhausen, Zehntausende Schüler*innen fordern freitags, endlich Ernst zu machen mit dem Klimaschutz. Kann Atomkraft dabei helfen?

Atomkraft ist das Falscheste, was man in der gegenwärtigen Situation machen könnte. Sie ist nicht nur keine CO_2-freie Technologie, sondern im Gegenteil ein Garant dafür, dass das (fossil)-atomare System aufrechterhalten bleibt.

Atomstrom, heißt es, verursache aber zumindest geringere CO_2-Emissionen als Kohlestrom.

Es geht doch darum, aus dem fossil-atomaren Zeitalter in ein 100 Prozent erneuerbares Energiesystem zu kommen. Das ist ein notwendiger Teil zur Lösung des Klimaproblems. Atomkraft ist gefährlich und nicht nachhaltig. Von daher ist die Idee, sie als ein Element zur Lösung des Klimaproblems anzusehen, absurd. Zumal sich da relativ schnell auch die konventionelle Lobby dahinter versteckt.

Kohlefans werben für Atomkraft?

Sie hoffen, so das gesamte fossil-atomare Systems aufrecht erhalten zu können. Es gibt eine langjährige und intensive Freundschaft, vielleicht sogar strategische Allianz zwischen vorgeblichen Klimaschützer*innen und Atomlobbyist*innen. Das kann man relativ gut nachvollziehen bei den Versuchen der

britischen Regierung unter Tony Blair, parallel zum Klimaschutz auch die Atomkraft wieder hochzufahren. Auch im Weltklimarat (IPCC) wird Klimaschutz systematisch mit der „friedlichen" Nutzung der Atomkraft in Verbindung gebracht.

Was hat es mit dem Schlagwort „low carbon technologies" auf sich?
Die Atomlobby arbeitet seit Ende der 1990er Jahre daran, Atomkraft und Erneuerbare in eine gemeinsame Kategorie zu tun. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an den „Energiepolitischen Appell" der Energiewirtschaft von 2010, in dem Atomkraft als eine „Brückentechnologie" für die Erneuerbaren dargestellt wurde. Heute gibt es diesen Link insbeondere in Ländern wie Frankreich und England. Aus technischer Sicht ist das aber unsinnig, weil Atomkraft nicht flexibel ist, und Erneuerbare inzwischen durch die rasche Entwicklung von Speichern grundlastfähig geworden sind. Aus sicherheits- und geopolitischer Sicht ist Atomkraft eine Hochrisikotechnologie, die eher heute als morgen abgeschafft gehört. Und aus ökonomischer Sicht ist ein Festhalten an der Atomkraft nicht nur riskant, sondern auch un-ökonomisch, weil sie unter heutigen Rahmenbedigungen nicht wettbewerbsfähig sein kann, und somit kein Element einer kostengünstigen Klimalösung.

Atomkraftbefürworter*innen stellen die Atomtechnik immer noch als billig dar.
Dieses Narrativ geht auf die 1950er-Jahre zurück, als es darum ging, der US- beziehungsweise der Weltöffentlichkeit die Vorzüge der Technik nahezubringen, die 1945 Hiroshima und Nagasaki zerstörte. Das geflügelte Wort hierzu war „too-cheap-to-meter", von dem US-Stromlobbyisten Strauss 1954 geprägt. Bereits in den 1960er Jahren war allerdings klar, dass Atomkraft nicht wettbewerbsfähig werden konnte, und das hat sich bis heute nicht geändert. Studiert man die Literatur der letzten 50 Jahre, gibt es keine ernsthafte Ökonomin und keinen ernsthaften Ökonomen, der behauptet hätte, Atomkraft sei rentabel. Im Übrigen ist das auch empirisch widerlegt: Mein Kollege Herr Wealer und Ko-Autor*innen haben in einer Studie alle 674 Reaktorblöcke, die jemals gebaut worden sind, analysiert – kein einziger davon war unter wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entstanden.

Trotzdem haben etliche AKW-Betreiber in der Vergangenheit Milliarden-Gewinne mit ihren Reaktoren gemacht und machen zum Teil auch heute noch Profit damit. Wie kann das sein?
Tatsächlich konnten mit vorhandenen Anlagen erhebliche Betriebsgewinne erzielt werden. Die Gesamtkosten, insbesondere die Kosten der Entwicklung, des Baus, des – über Jahrzehnte verzögerten – Rückbaus sowie der langfristigen Abfalllagerung landeten und landen bis heute jedoch beim Staat beziehungsweise den Steuerzahler*innen und – was das Risiko angeht – den Bürger*innen.

In den letzten Wochen tauchen vermehrt Stimmen auf, die öffentlich fragen, ob die sieben hier noch laufenden Meiler nicht doch länger am Netz bleiben sollten – vorgeblich aus Klimaschutzgründen.
Diese Diskussion kennen wir aus dem Jahr 2010.

Damals hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeiten aller AKW verlängert.
… und diese Debatte ist jetzt dabei, wiederzukommen – so absurd sie auch ist. Denn jeder Tag, an dem die Meiler am Netz bleiben, kostet die Gesellschaft Geld und steigert das Unfallrisiko.

Für die Betreiber der längst abgeschriebenen Anlagen könnte es aber wirtschaftlich durchaus reizvoll sein, sie ein paar Jahre länger laufen zu lassen.
Mag sein. Dann ist es aber Aufgabe des Staates und der Gesellschaft, diese Fehlanreize zu korrigieren.

Die Bundesregierung verhandelt über einen schrittweisen Kohleausstieg. Müssen AKW länger am Netz bleiben, damit Kohlekraftwerke abschalten können?
Nein. Die AKW könnten heute in aller Ruhe abgestellt werden. Wir haben eine erhebliche Kraftwerksüberkapazität in Deutschland und Europa. In einer Studie für die Kohleausstiegsszenarien haben wir ermittelt, dass selbst ein Kohleausstieg bis 2030 unproblematisch wäre, was die Versorgungssicherheit angeht. Von daher ist es sinnvoll, die AKW eher heute als morgen vom Netz zu nehmen.

Wird Deutschland ohne Kohle- und Atomkraftwerke zum Großabnehmer für französischen Atom- und polnischen Kohlestrom?
Nein. Es sind insbesondere Erneuerbare Energien, die dann ins System kommen, weil sie kostengünstiger sind. Daneben gibt es auch über bestehende Kraftwerke in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden ausreichend Kapazitäten, sodass wir nicht angewiesen sind auf zusätzliche Atomstrommengen aus Frankreich oder Kohlestrom aus Polen.

Ist Deutschland, was den Ausbau der Erneuerbaren Energien angeht, auf gutem Weg?
Nein. Wir müssten den Ausbaupfad von Onshore-Wind und Solar ungefähr verdreifachen und auch die Ziele für den Offshore-Windausbau hochsetzen. Das Ziel „65 Prozent erneuerbare Energien im Stromsektor bis 2030" steht zwar im Koalitionsvertrag. Es muss jetzt aber auch umgesetzt werden.

Reicht dieses Ziel aus, um den Kohleausstieg abzupuffern?
Sinnvoll wäre es, bis 2030 schon 100% Erneuerbare im Stromsektor anzustreben. Das ist technisch machbar und ökonomisch sinnvoll, ohne dass die Versorgungssicherheit in Mitleidenschaft gezogen würde.

Welchen Effekt hätte ein stärkerer Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland auf die Atom- und Kohlekraftwerke in den angrenzenden Ländern?
Atomkraft ist überall teurer als Erneuerbare, das gilt auch in Frankreich, England, Schweden und in der Schweiz. Ist viel Erneuerbaren-Strom im Netz, gehen im gegenwärtigen System die Strompreise runter. Die Erneuerbaren verdrängen so Fossil- und Atomstrom, was ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist.

Das Umweltbundesamt beziffert den durch CO_2 verursachten Schaden auf 180 Euro pro Tonne. Würde eine CO_2-Abgabe, wie sie Klimaschützer*innen zu Recht fordern, der Atomkraft nicht einen immensen Wettbewerbsvorteil verschaffen?
Man müsste Vorkehrungen treffen, dass die Atomkraft als ein Sektor, der seit Jahrzehnten öffentlich subventioniert wird, von diesen Zufallsgewinnen, englisch: „windfall profits", ausgenommen wird. Man könnte sie abziehen oder besteuern. Die beste Lösung wäre allerdings, die AKW gleich vom Netz zu nehmen, damit diese Scheingewinne gar nicht erst anfallen.

Interview: Armin Simon

Foto: Nigel Treblin / Helmholtzzentrum München

Auffangbehälter für ins Atommülllager Asse II eindringendes und durch Kontakt mit dem Atommüll radioaktiv kontaminiertes Wasser

Vom Kopf auf die Füße

Analyse | In zahlreichen Artikeln in den letzten Ausgaben dieses Magazins hat .ausgestrahlt Details der Standortsuche für ein dauerhaftes Atommüll-Lager kritisiert. Hier stellen wir noch einmal dar, worum es im großen Ganzen geht – und wie es besser gehen könnte

Es gibt eine unbequeme Wahrheit bei der Standortsuche: Absolute Sicherheit wird es nicht geben. Bisher sind alle tiefengeologischen Atommüll-Lager schon nach wenigen Jahrzehnten havariert, Asse und Morsleben in Deutschland ebenso wie Wipp in New Mexico. Jedes der für die Lagerung favorisierten „Wirtsgesteine" Salz, Ton und Granit hat zwar gewisse Vorteile – aber auch große Nachteile. Es bleibt also, selbst wenn alle Behörden und Unternehmen nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten, ein beträchtliches Risiko für die Betroffenen, die rund um den zukünftigen Standort leben – und für ihre Nachkommen.

Unter anderem deswegen ist es falsch, immer noch sieben Atomkraftwerke in Deutschland zu betreiben, die Tag für Tag weiteren radioaktiven Abfall produzieren. Denn was bleiben wird, ist ein Problem, für das uns die kommenden Generationen verfluchen werden.

Aber klar: Der strahlende Müll ist da. Es wäre verantwortungslos, ihn in irgendein anderes Land zu exportieren. Was also ist die Aufgabe? Es braucht eine gesellschaftliche Verständigung für die am wenigsten unsichere Lager-Methode und für diese wiederum braucht es den am wenigsten unsicheren Ort. Wenn dieser Ort denn gefunden ist, darf die Lagerung nicht am Widerstand der örtlichen Bevölkerung scheitern. Es mag seltsam klingen, wenn das einer schreibt, der seit Jahrzehnten an der Organisation von Protesten gegen Atommüll-Projekte beteiligt ist. Doch es ist die Frage, an der sich Erfolg oder Misserfolg der Atommüll-Politik entscheiden wird.

Dass die betroffene Bevölkerung in der Lage ist, umstrittene Projekte zu verhindern, zeigt die Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung: Wyhl, Wackersdorf, Kalkar, Gorleben. Doch selbst wer heute Windkraftanlagen oder eine Stromtrasse bauen möchte, weiß, wie schwer es sein kann, einen strittigen Plan durchzusetzen. Gerade diese aktuellen Beispiele widerlegen den Trugschluss, mit dem kommenden Ende der Atomkraft-Nutzung in Deutschland werde auch der Konflikt um den Atommüll einfacher. Derzeit finden sich aufgrund von Protesten nicht einmal ausreichend Deponien, die bereit wären, schwach strahlenden Bauschutt aus dem Abriss von Atomkraftwerken aufzunehmen, der offiziell gar nicht als Atommüll gilt.

Wie aber kann erreicht werden, dass die von einem dauerhaften Atommüll-Lager betroffene Bevölkerung bereit ist, das Risiko zähneknirschend auf sich zu nehmen? Zuerst müssen Politik und Behörden so ehrlich sein und zugeben, dass es ein Risiko ist und nicht behaupten, alles sei sicher. Die Betroffenen werden auch nur dann zustimmen, wenn sie davon überzeugt sind, dass die Lagermethode die am wenigsten unsichere ist und dass das Suchverfahren und seine Akteure über jeden Zweifel erhaben und vertrauenswürdig sind. Dafür muss ausgeschlossen sein, dass politische Deals, fehlende Informationen, Kostenerwägungen oder knappe Zeitpläne dazu führen, dass ein ungeeigneter Standort ausgewählt oder eine besser geeignete Alternative verworfen wird.

Das im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgeschriebene und seit zwei Jahren laufende Suchverfahren gewährleistet diese Sicherheit nicht. Es hat gleich mehrere entscheidende Webfehler. Zwar heißt es im ersten Paragraphen des Gesetzes, das Verfahren solle partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend und lernend sein. Doch hebt der Gesetzestext in den folgenden 37 Paragraphen diese Versprechen eins nach dem anderen wieder auf.

Wissenschaftsbasiert? Die im Gesetz festgeschriebenen Kriterien für die Standortsuche sind Ergebnis politischer Kompromisse statt wissenschaftlicher Erkenntnisse. Bei der Gewichtung der aufgeführten Abwägungskriterien ist jede Manipulation möglich. Gebiete, über die zu wenige geologische Daten vorliegen, können einfach aussortiert werden – auch wenn sie vielleicht besser geeignet wären als andere Regionen. Und am Ende legt den Standort der Bundestag fest, der sich dabei nicht an die Empfehlungen von Wissenschaftler*innen halten muss, sondern nach rein politischen oder parteitaktischen Erwägungen entscheiden kann.

Transparent? Das Eigentumsrecht schützt geologische Erkundungsdaten von Privatunternehmen vor Veröffentlichung, auch wenn diese bei der Standortsuche genutzt werden. Auf die Frage „Warum habt ihr meinen Wohnort ausgewählt?" wird es also keine nachprüfbare Antwort geben, denn die Entscheidungsgrundlage ist ja geheim.

Selbsthinterfragend und lernend? Im Gesetz steht als Termin für die Standortentscheidung das Jahr 2031, obwohl ein Großteil der Fachleute schon heute davon ausgeht, dass es deutlich länger dauern wird. Dieses festgeschriebene Enddatum setzt das ganze Verfahren unter hohen Zeitdruck, macht es dadurch fehleranfällig und lässt vor allem keinen Spielraum für wesentliche Korrekturen, wenn sich Entscheidungen oder Schritte im Nachhinein als falsch herausstellen sollten.

Partizipativ? Im Gesetz sind viele so genannte Beteiligungsformate vorgesehen. Das sieht gut aus, ist allerdings wenig wert. Denn letztendlich handelt es sich um Gremien, in denen zwar viel geredet werden kann, die aber nichts zu sagen haben. Echte Partizipation und Mitbestimmung der Betroffenen ist nicht vorgesehen, nur Information und Anhörung.

Aus Angst davor, dass die Menschen an potenziellen Standorten die Risiken der Atommüll-Lagerung nicht eingehen wollen, haben die Mütter und Väter des StandAG den Betroffenen keine ergebnisrelevanten Beteiligungsrechte eingeräumt und zudem ihre Klagerechte massiv eingeschränkt. Was sie dabei übersehen haben, ist: Wem man keine Rechte gibt, der*die nimmt sie sich, wenn er*sie sich bedroht fühlt – und zwar auf der Straße. Dann eskaliert der Konflikt nach den bekannten Mustern. Oder, in den Worten des Kommunikationswissenschaftlers Friedemann Schulz von Thun: „Wer sich nicht erhört fühlt, benimmt sich un-erhört."

Es geht beim Atommüll um einen Jahrzehnte währenden hocheskalierten gesellschaftlichen Konflikt zwischen Regierenden und Regierten. Solche Konflikte lassen sich in der Regel nur auflösen, indem sich beide Konfliktparteien in einem ersten Schritt gemeinsam auf ein Verfahren einigen. Doch mit dem StandAG hat eine der Konfliktparteien, nämlich die Regierenden aus Bund und Ländern, die Spielregeln alleine festgelegt. Übrigens nicht zum ersten Mal; dieses passiert beim Thema Atommüll seit Jahrzehnten immer wieder auf Neue. Bisher sind die Regierenden jedes Mal damit gescheitert.

Meine Prognose: Mit diesem Gesetz, diesem Verfahren und diesen Akteur*innen wird die Standortsuche nicht gelingen. Heraus kommen wird nicht der am wenigsten schlechte Standort, sondern ein politisch gewollter. Die Betroffenen werden sich wehren und das Projekt verhindern. Wir stehen als Gesellschaft in zehn bis 20 Jahren mit leeren Händen da und müssen wieder von vorne anfangen. Wertvolle Jahre gehen also verloren.

Es gäbe einen grundlegend anderen Weg, der zwar auch nicht einfacher wäre, aber deutlich erfolgversprechender. Wenn der Bundestag es ernst meint mit dem selbsthinterfragenden und lernenden Anspruch an die Standortsuche, dann sollte er möglichst bald einen kompletten Neustart ausrufen. Diesmal sollten alle potenziellen Standortregionen und alle Regionen, in denen der Atommüll derzeit lagert, von Anfang an mit an den Tisch. Sie sollten formulieren, was ihre Anforderungen an ein faires Suchverfahren sind und welche Rechte sie in diesem Verfahren brauchen, um Verantwortung übernehmen zu können für ein gesamtgesellschaftliches und weit in die Zukunft reichendes Problem. Erst wenn die Bedingungen der Betroffenen klar sind, kann daraus – gemeinsam mit ihnen – ein faires Suchverfahren entwickelt werden und schließlich ein Gesetz entstehen, das dann der Bundestag beschließen kann.

Das würde das Verfahren vom Kopf auf die Füße stellen und die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöhen, dass diese Gesellschaft sich über das Atommüll-Problem verständigt und es damit schafft, einen hocheskalierten Konflikt zu beenden. Dafür setzt .ausgestrahlt sich ein.

Jochen Stay

Informieren, informieren!

Mit einer vierseitigen **Atommüll-Zeitung, Flyern, Broschüren und Readern** informiert .ausgestrahlt kritisch über die Standortsuche.

Hilf mit, diese Materialien zu verbreiten: Bestellung (auch in größerer Stückzahl) auf Seite 21 oder unter **ausgestrahlt.de/shop**

.ausgestrahlt einladen!

Organisiere eine Info-Veranstaltung zum Thema in deiner Stadt – .ausgestrahlt schickt gerne eine/n Referent*in und macht den Termin in deiner Region bekannt. Schreib an **carolin.franta@ausgestrahlt.de**

Bleib auf dem Laufenden!

Mit einem extra Newsletter nur zum Thema Standortsuche hält dich .ausgestrahlt auf dem Laufenden. Die „Infomail Standortsuche" kannst du kostenlos abonnieren: **ausgestrahlt.de/standortsuche/infoservice**

Foto: Herbert Richter

Annahme von strahlenbelastetem AKW-Müll: montags bis freitags von 7 bis 17 Uhr

Brennendes Interesse

Hintergrund | Wochenlang herrscht in der bayerischen Kleinstadt Weißenhorn Aufregung um eine Müllverbrennungsanlage. Das .ausgestrahlt-Magazin ist daran nicht ganz unbeteiligt

Als Herbert Richter im Herbst 2018 im .ausgestrahlt-Magazin Nr. 41 blättert, stutzt er. Ein Beitrag thematisiert den Verbleib von gering radioaktiven Abfällen aus dem AKW-Abriss. Richter erfährt, dass AKW-Betreiber strahlendes Abbruchmaterial an einfache Abfallbetriebe abgeben. Und zwar völlig legal. Mehrere Millionen Tonnen Atomschutt könnten in den kommenden Jahrzehnten wie ganz normaler Hausmüll im Recycling, auf Deponien oder in Müllverbrennungsanlagen (MVA) landen. Herbert Richter ist alarmiert. Der 51-jährige lebt in Weißenhorn, einer Kleinstadt im Landkreis Neu-Ulm in Bayern. Dort gibt es eine Müllverbrennungsanlage. Und gleich nebenan, im Nachbarlandkreis Günzburg, steht ein Atomkraftwerk: Das AKW Gundremmingen. Block C des Kraftwerks soll nach dem Willen von RWE noch bis Ende 2021 laufen. Block B hingegen stellte Ende 2017 seinen Betrieb ein und wird seit Kurzem rückgebaut.

Der Müll brennt längst

Richter, der als Kreisrat für die SPD im Neu-Ulmer Umweltausschuss sitzt, zählt eins und eins zusammen und wird aktiv. Dass der Landkreis Günzburg seine Abfälle in der Weißenhorner MVA verbrennt, ist längst bekannt. Darüber gibt es Verträge zwischen den beiden Landkreisen. Doch was ist, wenn demnächst die ersten größeren Abrissarbeiten am AKW Gundremmingen beginnen? Brennen in dem Weißenhorner Müllheizkraftwerk dann womöglich auch radioaktiv belastete Abfälle? Der Kreisrat stellt eine Anfrage beim Betreiber der Abfallanlage. Dieser bestätigt Richters Befürchtungen: Es ist geplant, die brennbaren Überreste des AKW Gundremmingen in Weißenhorn zu entsorgen – darunter auch schwach strahlende Abfälle. „Das ist ein sensibles Thema, das auf uns zukommen könnte. Das sollte an die Öffentlichkeit gehen“, fordert Richter daraufhin im Neu-Ulmer Umweltausschuss.

Von da an berichtet die regionale Presse wochenlang und zeitweise sogar täglich über das Thema. Schnell wird klar, hier geht es nicht allein um Zukunftspläne: „In Weißenhorn brennt längst AKW-Müll“ titelt die Neu-Ulmer-Zeitung am 25. Januar. Denn bereits seit zwei Jahren werden im Weißenhorner Müllofen Betriebsabfälle aus dem Atomkraftwerk verfeuert, auch radioaktiv belastetes Material. Und niemand wusste Bescheid, weder die Bevölkerung, noch der Kreistag, noch der Weißenhorner Bürgermeister Wolfgang Fendt. Die Empörung ist groß. „Ich habe bis zum heutigen Tag noch nie davon gehört“, klagt Fendt. Wenn radioaktiver Müll nach Weißenhorn komme, erwarte er, dass die Kommune informiert werde.

Weißenhorn ist kein Einzelfall

Haben AKW- und MVA-Betreiber ihre Informationspflicht verletzt, weil sie die Öffentlichkeit oder die örtlichen Behörden nicht über die

Strahlende Aussichten

33 Atomkraftwerke und etliche Forschungsreaktoren werden in den kommenden Jahrzehnten abgerissen. **Bis zu 99 Prozent** der Gesamtmasse werden nicht als Atommüll behandelt, sondern als Wertstoff recycelt beziehungsweise als normaler Müll deponiert oder verbrannt – darunter auch gering radioaktive Abfälle.

Alternativen

Lagerung im entkernten AKW-Gebäude: Hoch-, mittel- und schwachradioaktive Komponenten werden entfernt. Lagerung der gering radioaktiven Abfälle in den gesicherten Gebäuden, bis kurzlebige Nuklide abgeklungen sind.
Abbau mit Bunker: Abriss des Atomkraftwerkes. Gering radioaktive Abfälle werden am Standort in einem neu errichteten robusten Bauwerk gelagert.
Französisches Modell“: Bau eines oberflächennahen Lagers für gering radioaktive Abfälle nach Vorbild des Atommüll-Lagers in Morvilliers in Frankreich.

Verbrennung von radioaktivem Müll in Kenntnis gesetzt haben? Juristisch besteht eine derartige Informationspflicht gegenüber der betroffenen Bevölkerung wohl nicht. Denn schwach strahlende Abfälle, die das AKW-Gelände verlassen, gelten – die Physik auf den Kopf gestellt – rechtlich nicht mehr als radioaktiv. Der Gesetzgeber nennt dieses Verfahren „Freigabe“: Unterschreiten radioaktive Stoffe gesetzlich festgelegte mengen- und nuklidabhängige Grenzwerte, gelten sie als „freigemessen“ und werden aus dem Atomrecht entlassen. Sodann sind die Abfälle „nur“ noch physikalisch radioaktiv – juristisch wird der Atommüll zu Hausmüll.

Das Freigabe-Verfahren wurde eingeführt, um das Atommüll-Volumen zu verringern und den AKW-Betreibern somit immense Kosten zu ersparen. Weißenhorn ist beileibe kein Einzelfall. Bereits seit Mitte der 1990er-Jahre deklariert die deutsche Atomindustrie leicht strahlende Abfälle als Hausmüll und gibt sie an Recyclingbetriebe, Deponien oder Müllverbrennungsanlagen ab – vornehmlich in Kraftwerksnähe. Wie in Weißenhorn geschieht dies in der Regel ohne Kenntnis der Anwohner*innen. Und das, obwohl ihnen eine zusätzliche Strahlenbelastung und damit ein höheres Gesundheitsrisiko zugemutet wird.

Nicht für große Mengen gemacht

Das von der Atomindustrie entwickelte Freigabe-Konzept spekuliert auf Verdünnungseffekte. Ursprünglich gedacht für einzelne Abfallchargen, nimmt es mit dem Abriss der Atomkraftwerke eine ganz neue Dimension an. Denn hierbei fallen immens große Mengen schwach radioaktiver Abfälle an. Das vergrößert zum einen die Gefahr, dass Hotspots entstehen, an denen sich Radioaktivität konzentriert. Zum anderen steigt mit der Menge freigegebener radioaktiver Stoffe auch das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung. Denn bei der Berechnung des für die Freigabe maßgeblichen Risikowertes von 10 Mikrosievert pro Jahr bleiben die Gesamtmenge und die Häufigkeit der Strahleneinwirkung unberücksichtigt. Dass der menschliche Körper Strahlenschäden nicht vergisst und jede zusätzliche Strahlenbelastung obendrauf kommt, ist unumstritten. Es gibt keine Dosisschwelle, unterhalb derer Strahlung nicht schädlich wäre. Das ist längst wissenschaftlicher Konsens. Dessen ungeachtet versuchen Atomindustrie und Atomaufsichtsbehörden in alter Tradition, Niedrigstrahlung zu verharmlosen, um die Bedenken gegen Strahlenemissionen in der Bevölkerung klein zu halten. So tritt auch im Fall Weißenhorn die Sprecherin des AKW Gundremmingen an die Presse heran, um zu beschwichtigen: „Niemand muss sich Sorgen machen.“ Der Abfall, behauptet sie, sei so gering belastet, dass davon keine Gefahr für die Gesundheit ausgehe.

Die Bevölkerung ist sensibilisiert

Noch bis Herbst 2025 läuft der Müll-Vertrag zwischen den Landkreisen Neu-Ulm und Günzburg. Bis dahin wird der Weißenhorner Müllofen weiterhin auch mit strahlenden Abfällen aus Gundremmingen befeuert – und das werden, da der Abriss von Block B begonnen hat, deutlich mehr sein als in den Jahren zuvor. Wie es nach 2025 weitergeht, ist unklar. Vorerst sieht der Neu-Ulmer Landrat Thorsten Freudenberger keine Grundlage dafür, den Vertrag mit dem Nachbarlandkreis vorzeitig aufzukündigen. Dies hätte obendrein Konsequenzen. Die Abhängigkeit zwischen den Landkreisen ist nicht einseitig: Neu-Ulm nutzt Deponieflächen in Günzburg. Ganz so wie bisher soll es mit der Verbrennung der AKW-Abfälle allerdings nicht weitergehen. Freudenberger hat Radioaktivitätskontrollen an der MVA angekündigt. Die Messungen sollen engmaschig ausgewertet und für die Bürger*innen transparent gemacht werden. Außerdem werde das Öko-Institut damit beauftragt, eine Handlungsanleitung für die Verbrennung freigegebener radioaktiver Abfälle zu entwickeln. Herbert Richter, der den Stein ins Rollen gebracht hat, sieht in den Maßnahmen zwar eine Verbesserung zur bisherigen Praxis, er ist jedoch weiterhin gegen die Freigabe von radioaktiven Abfällen. Zum Schutz von Mensch und Umwelt gehörten diese nicht ins Recycling, auf Deponien oder in Müllverbrennungsanlagen. Solange die gesetzliche Grundlage nicht geändert wird, sieht er jedoch wenig Chancen, die Verbrennung von freigemessenen Abfällen an seinem Wohnort zu stoppen. Es sei wichtig, dass die Bevölkerung jetzt informiert und für das Thema sensibilisiert sei, sagt Richter. Er denkt nicht, dass der Landkreis mit dem Wissen von heute noch einmal ein Vertragsverhältnis eingehen würde, das die Verfeuerung von strahlendem Müll beinhaltet: „Das wäre alles etwas anders gelaufen, wenn wir informiert gewesen wären.“

Angela Wolff

Atomschutt auf der Spur

Du wohnst in der Nähe einer Müllverbrennungsanlage oder Deponie? Werde aktiv und frag bei den Betreibern und zuständigen Behörden nach, ob dort freigemessene Abfälle angenommen werden oder bereits in der Vergangenheit angenommen wurden. Damit wir unten stehende Karte vervollständigen können, schreib eine kurze Info mit den Ergebnissen an:
webteam@ausgestrahlt.de

Recherchen: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) u.a.

Deponien, auf denen bereits freigemessene radioaktive Abfälle liegen und weitere abgelagert werden könnten

Deponien, auf denen freigemessene radioaktive Abfälle in Zukunft gelagert werden könnten

Müllverbrennungsanlagen, in denen freigemessene radioaktive Abfälle verbrannt wurden oder werden

Eine interaktive Karte und mehr Infos zum Thema findest Du unter:
ausgestrahlt.de/atomschutt

.ausgestrahlt fordert:

- Keine „Freigabe“ von radioaktiven Abfällen
- Das gesamte Material einer Atomanlage muss am Standort verbleiben, bis klar ist, wie viel insgesamt anfällt, und ein umfassendes Konzept für dessen Verbleib entwickelt werden kann.

„Dann kippt das Ganze“

Interview | Patricia Lorenz, europaerfahrene Atom-Kampaignerin von Global 2000 und Friends of the Earth Europe, über die Atompläne der EU-Kommission, weitere Euratom-Kredite für neue AKW und den Einfluss Deutschlands auf die europäische Atompolitik

Foto: Nuclear Energy Conference

Patricia Lorenz

Patricia Lorenz, 49, ist seit 1990 Atom-Kampaignerin bei der österreichischen Umweltschutzorganisation Global 2000 und seit 2000 auch für Friends of the Earth Europe mit EU-Atom-Themen befasst.

Frau Lorenz, noch im April – nach Redaktionsschluss dieses Magazins – wollte die EU-Kommission ein seit Langem angekündigtes Papier zur Zukunft von Euratom vorlegen. Hat die Förderung der Atomkraft in der EU absehbar ein Ende?

Im Gegenteil: Es ist die Absicht der EU-Kommission, den Euratom-Vertrag noch mehr als bisher zur Förderung der Atomenergie zu nutzen. Aber das werden sie so natürlich nicht sagen.

Sondern?

Der Generaldirektor der Energiedirektion hat mir gegenüber vor anderthalb Jahren angekündigt, dass sie eine Mitteilung machen würden, die auch die eher atomkritischen Stimmen erfreuen werde: mit ein bisschen mehr Mitsprache fürs Europaparlament und damit, dass sie nun auch den Abriss der Atomanlagen und die Nuklearhaftung über den Euratom-Vertrag regeln wollten.

Das ist nicht gut?

Das ist der reinste Unfug. Bei der Haftung etwa gibt es bereits verschiedene Konventionen, mit lächerlich geringen Summen. Österreich hat deshalb schon 1999 ein eigenes Atomhaftungsgesetz geschaffen, das diese Haftungsbeschränkungen aufhebt, Luxemburg hat vor Kurzem Ähnliches verabschiedet. Das Ansinnen der EU-Kommission ist damit inkompatibel, weil wiederum die Nuklearstaaten ihre die Betreiber schützenden Haftungsregime nicht verlassen werden.

Wozu schlägt die Kommission es dann vor?

Das ist einfach eine PR-Maßnahme. In Wahrheit geht es ihnen darum, dass sie auf der Grundlage des Euratom-Vertrages weiterhin Richtlinien außerhalb jeglicher parlamentarischer Kontrolle und ohne Rücksicht etwa auf Espoo- und Aarhus-Konvention verabschieden können. Und natürlich um die ganzen Subventionskonstrukte für Atomkraft, Stichwort AKW Hinkley Point C; die Rechtsgrundlage dafür ist der Euratom-Vertrag, so hat es jedenfalls das Europäische Gericht in erster Instanz bestätigt. Dafür machen sie dieses ganze Tralala. Sie wollen uns weismachen, dass wir Euratom bräuchten für Atomhaftung, Dekommissionierung und für die Verbesserung von allem Möglichen. In Wahrheit geht es ihnen um die Rettung des Euratom-Vertrags, wie sie ihn brauchen.

Steht der Vertrag aus Sicht der EU-Kommission zur Debatte?

Wenn Großbritannien die Union verlässt und damit auch Euratom, ist schonmal ein großer Atombefürworter weg. Bei Deutschland ist unklar, ob es weiter zu Euratom in der bisherigen Form steht oder nicht. Also sie müssen schon ein wenig gucken, was die Zukunft angeht.

Richtlinien, Subventionen – das erlaubt der Vertrag doch bereits alles.

Ja, aber sie brauchen Einstimmigkeit. Deshalb soll es auch im EU-Rat, wo die Vertreter der EU-Staaten zusammensitzen, einen Vorstoß geben, dieses Einstimmigkeitsprinzip bei Euratom zumindest teilweise durch das Mehrheitsprinzip zu ersetzen. Außerdem würde die EU-Kommission gerne weiterhin Euratom-Kredite vergeben können.

Wofür?

Zur Förderung von AKW in umliegenden Nicht-EU-Ländern. Im Moment haben sie 280 Millionen Euro im Topf. Wenn die EU-Kommission wieder einen Kredit vergeben möchte, wie zum Beispiel den letzten für ukrainische AKW, dann müsste sie im EU-Rat anfragen auf Wiederbefüllung oder gar Erhöhung des Kreditrahmens. Da schlägt dann wieder die Stunde

der atomkritischen Staaten. Unter anderem deswegen geht es glaube ich um die Abschaffung der Einstimmigkeit.

Für Projekte wie etwa AKW in der Ukraine sind diese Euratom-Kredite sehr wichtig, denn erst mit einem solchen folgen auch andere Kreditgeber, weil das Projekt dann auf eine Art EU-Genehmigung verweisen kann. Außerdem gibt auf dem freien Finanzmarkt niemand Kredite zu so guten Konditionen wie Euratom. Sie haben jetzt eine Kreditrahmen von 4 Milliarden Euro, hätten aber gerne 10 Milliarden.

Euratom hat eine eigene Kreditfazilität, um mit Krediten AKW-Neubauten außerhalb der EU zu fördern?
Offiziell nur sogenannte Sicherheitsnachrüstungen. Aber Block 2 des rumänischen AKW Cernavodă hat beispielsweise 2004 – Rumänien war damals noch nicht in der EU – einen 220-Millionen-Euro-Kredit von Euratom bekommen, als der Reaktor - ein neuer CANDU aus Kanada - gerade erst in Bau war. Es war also eine Neubau-Förderung.

Welche Länder könnten heute solche Kredite bekommen?
Zum Beispiel die Ukraine, da hat Euratom zusammen mit der Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 600 Millionen Euro für Nachrüstungen gegeben, die der Laufzeitverlängerung der AKW dort dienen. Aber die Ukraine möchte auch neue AKW bauen, vielleicht hätten sie gerne einen Kredit dafür.

Welche Konsequenzen hat die angekündigte Euratom-Mitteilung der EU-Kommission, sollte sie denn kommen?
Erst einmal keine. Die Kommission teilt ihre Vorstellungen mit, mehr nicht. Aber die können natürlich in die eine oder in die andere Richtung gehen.

Kein Gremium muss sich damit befassen und darüber entscheiden?
Nein. Aber ich hoffe, dass sie eine Diskussion anstößt – und sei es, dass wir Atomkraftgegner*innen da ein bisschen nachhelfen.

Was könnte idealerweise passieren?
Die deutsche Bundesregierung könnte zum Beispiel endlich das tun, was sie in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hat, und eine Reform von Euratom einfordern.

Der für Euratom zuständige Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) hat das bisher abgelehnt – unter Verweis auf das noch ausstehende Papier der EU-Kommission.
Dann könnte er ja, sobald es da ist, der Kommission zurückschreiben: Wir brauchen keine Ausweitung der Kompetenzen und Mittel von Euratom, sondern ihre Abschaffung.

Der Euratom-Vertrag ist aber auf unbestimmte Zeit geschlossen und Änderungen müssen einstimmig verabschiedet werden.
Österreich will ihn ändern, Luxemburg will ihn ändern, andere Länder vielleicht auch. Und wenn Großbritannien austritt aus der EU, betreibt nur noch eine Minderheit der EU-Staaten überhaupt AKW. Von diesen haben wiederum einige zumindest auf dem Papier schon einen Atom-Ausstieg beschlossen.

Frankreich zum Beispiel aber will die Atom-Fahne weiter hochhalten.
Aber Frankreich braucht Euratom gar nicht so sehr. Und die osteuropäischen Länder, die an Atomkraft festhalten, haben innerhalb der EU nicht so viel Einfluss. Man muss das ja alles realpolitisch sehen: Wenn Deutschland einmal sagen würde: „Wir wollen das nicht mehr", dann wird es schon eng. Dann würde das kippen. Da bin ich mir ziemlich sicher.

Es gab schon einmal einen Reformversuch, im Zuge der Verhandlungen zu einer EU-Verfassung, die dann gescheitert ist.
Die EU-Kommission und einige Pro-Atom-Staaten wollten Euratom danach sogar mit der EU verschmelzen. Das hat dann Joschka Fischer noch mit verhindert – und so dafür gesorgt, dass die Option „Euratom abschaffen" erhalten blieb.

Jüngst machte die Meldung die Runde, dass die EU Milliardenzahlungen für das Kernfusionsexperiment ITER, die ebenfalls Euratom zuzurechnen sind, als Klimaschutzmaßnahme verbuchen will.
Eine Umdeklaration, welche die „klimarelevanten" Ausgaben im EU-Budget von 20 auf 25 Prozent erhöhen soll.

Was hat ein Reaktorexperiment, das Unmengen Strom verschlingen, aber niemals Strom erzeugen wird, mit Klimaschutz zu tun?
Nichts. Es geht nur darum, dass die EU auf

→ *Fortsetzung auf Seite 16*

Euratom abschaffen

Nutze die **Europawahlen**, um Druck für eine Reform des Euratom-Vertrages zu machen: **Die Förderung der Atomkraft in der und durch die EU muss endlich ein Ende haben!**

Plakate, gummierte **Aufkleber** (dürfen keinesfalls auf Wahlplakaten angebracht werden), **Flyer** zum Auslegen und Verteilen sowie Listen zum **Unterschriftensammeln**, etwa auf **Wahlveranstaltungen**, gibt's kostenlos im .ausgestrahlt-Shop und auf Seite 20.

... auf der Straße

„Statt auf fossile und nukleare Energien setzt unser Europa der Zukunft auf erneuerbare Energien", heißt es im Aufruf zu den **bundesweiten Demonstrationen „Ein Europa für Alle"** am 19. Juni in sieben Städten, die auch .ausgestrahlt unterstützt. Eine gute Gelegenheit, Euratom zu thematisieren: mit einem **Banner** (Seite 20), einem **Infostand** mit .ausgestrahlt-Material oder beim Unterschriftensammeln mit dem Klemmbrett.
ein-europa-fuer-alle.de

Infos in Ton und Bild

Mehr Infos, einen **Podcast** sowie ein kurzes **Erklärvideo** zum Thema (auch zum Weiterleiten und Teilen) findest Du auf **ausgestrahlt.de/euratom**

dem Papier so tun will, als würde sie mehr für den Kimaschutz tun.

Österreich und Luxemburg haben bereits angekündigt, gegen diese Umdeklaration zu stimmen. Ist sie damit nicht vom Tisch?
Nein – zu zweit werden sie das nicht durchdrücken.

Muss das nicht einstimmig beschlossen werden?
Schon. Aber zwei gegen 25 oder 26 ist real nicht machbar. Auf Arbeitsebene stimmen sie dagegen. Wenn es dann im EU-Ministerrat ist, werden sie es aber kaum durchdrücken.

Mal angenommen, Deutschland würde ebenfalls zu erkennen geben, dass es einen solchen Taschenspielertrick ablehnt, ...
... dann wäre der Vorschlag tot. So wie damals, als die EU eine Förderung für Atomkraft in den Umwelt- und Energieleitlinien verankern wollte. Da hat irgendwann Frau Merkel angerufen und gesagt: Das geht nicht. Und dann war es weg.

Würde die Bundesregierung also ihren Koalitionsvertrag umsetzen und Verhandlungen über eine Reform von Euratom verlangen ...
Ja!

Wer wäre noch dabei?
Man könnte jetzt die 14 nicht-nuklearen EU-Länder aufzählen und die Pro-Atom-Länder dagegen halten. Aber so einfach läuft Politik nun mal nicht. Wenn Deutschland sagt: „Wir wollen das", ändert das das ganze Spiel. Da werden sich viele anhängen, aus verschiedenen Gründen: Weil sie es immer schon wollten, weil ihre Öffentlichkeiten Druck machen, oder weil sie es sich mit Deutschland nicht vermiesen wollen.

Es bleiben trotzdem etliche Länder, die weiter auf Atomkraft setzen.
Ja, aber die kleineren verstecken sich eigentlich immer hinter einem der großen. Sollte das Pro-Atom-Land Großbritannien dann nicht mehr dabei sein, fehlt da schon was.

Interview: Armin Simon

Foto: Thorsten Frisch

Die von .ausgestrahlt mit initiierten Großdemos nach Fukushima machten Druck, die Laufzeitverlängerung zurückzunehmen und acht AKW sofort abzuschalten – gemeinnützig, im Fall von .ausgestrahlt auch im Sinne der Abgabenordnung

Ungemein nützlich

Hintergrund | .ausgestrahlt ist gemeinnützig und steuerbegünstigt, hält das Attac-Urteil aber trotzdem für einen Skandal

Für viel Verunsicherung gesorgt hat Ende Februar das Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH), das Attac die Gemeinnützigkeit absprach. Die Richter*innen begründeten dies damit, dass laut der Abgabenordnung die *„Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung (...) keinen gemeinnützigen Zweck erfüllt."*

.ausgestrahlt ist von dem Urteil nicht direkt betroffen. Denn der Satzungszweck von .ausgestrahlt ist Umweltschutz, das ist laut Abgabenordnung steuerbegünstigt. Zudem gibt es bereits Urteile des BFH, die anerkennen, dass sich viele Umweltschutzziele nur über Druck auf die Politik erreichen lassen, weswegen es in diesem Fall auch nach Ansicht der Richter*innen zulässig ist, *„in gewissen Grenzen (...) Einfluss auf die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung zu nehmen."* .ausgestrahlt ist dadurch also etwas besser geschützt als andere Organisationen – aber auch nicht automatisch für immer auf der sicheren Seite.

.ausgestrahlt hält die Arbeit von Attac für gemeinnützig und das BFH-Urteil für einen Skandal. Es schafft Rechtsunsicherheit für viele gemeinnützige Vereine. Deshalb braucht es auch aus Sicht von .ausgestrahlt jetzt schnell eine Veränderung der Abgabenordnung: Eine zeitgemäße Definition von Gemeinnützigkeit muss eindeutig regeln, dass sich die Zivilgesellschaft auch politisch betätigen kann. Deshalb ist .ausgestrahlt zusammen mit mehr als 100 anderen Vereinen Mitglied der „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung".

Aktion

Jetzt gemeinsam wehren

Falls Du einem gemeinnützigen Verein angehörst, dann bitte ihn jetzt, der „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung" beizutreten, die für eine zeitgemäße Reform der Abgabenordnung streitet. Nur wenn sich viele gemeinsam wehren, können wir etwas erreichen. **zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de**

Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung

Atomkraft in Litauen

Hintergrund | Alle Reaktoren mussten schließen, einen AKW-Neubau verhinderte ein Referendum. Atomstrom aber fließt noch immer

Ich unterstütze die Konstruktion eines neuen nuklearen Kraftwerks in Litauen", stand auf dem Stimmzettel der litauischen Wähler*innen am 14. Oktober 2012. Knapp 65 Prozent kreuzten „Nein" an. Auch wenn diese Volksabstimmung laut Verfassung nur „beratend" sein sollte, läutete das „Atomkraft? Nein danke!"-Votum das Ende des Atom-Zeitalters in Litauen ein. Offiziell wurde das AKW-Neubauprojekt zwar bis heute nicht begraben, seit 2017 aber taucht „Atomstrom" in der langfristigen litauischen Energieplanung nicht mehr auf.

Leicht hatten es die AKW-Gegner*innen seinerzeit nicht: Die fast durchweg atomkraftfreundlichen Medien verbreiteten die Botschaft, ein Nein würde das Land in „ewiger" Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen halten. Die Regierung warnte die Bevölkerung, sie solle nicht gegen ihre „eigentlichen Interessen" stimmen, und verhängte sogar Einreiseverbote gegen ausländische Atomkraftgegner*innen. Zudem lockte sie damit, dass ein Ja zu einem AKW-Neubau den Einwohner*innen auch künftig billigen Strom garantieren würde.

Angstkampagne für Laufzeitverlängerung

Mit diesem war Litauen tatsächlich verwöhnt gewesen. Und das AKW Ignalina, noch aus der Sowjetzeit, deckte nicht nur 75 Prozent des Strombedarfs, sondern spülte über einen umfassenden Atomstromexport auch hochwillkommene Devisen in die Staatskasse. Doch als die Baltenrepublik der EU beitreten wollte, stellte Brüssel eine Bedingung: Die beiden grafitmoderierten Siedewasserreaktoren vom Typ RBMK 1500, in der grundlegenden Konstruktion dem Katastrophenreaktor von Tschernobyl ähnlich, ohne Sicherheitsbehälter und zudem an einem erdbebengefährdeten Standort erbaut, mussten abgestellt werden.

Das Aus für den 1983 ans Netz gegangenen Reaktor Ignalina-1 kam Ende 2004; Ende 2009 folgte, nach 22 Betriebsjahren, Ignalina-2. Zu einer Fristverlängerung ließ sich Brüssel auch durch eine von der litauischen Regierung 2008 veranstaltete Volksabstimmung nicht erweichen, bei der – nach einer Angstkampagne, die vor ausgehenden Lichtern und eiskalten Wohnungen warnte – 88 Prozent für einen Weiterbetrieb des Meilers votierten.

Geht Ignalina vom Netz, muss ein neues AKW her – für diese Logik gab es seinerzeit breite Unterstützung. Zunächst jedenfalls. 2007 genehmigte das Parlament ein entsprechendes Projekt, ein Jahr später verständigten sich Litauen, Lettland, Estland und Polen auf eine gemeinsame Finanzierung. Doch als im Juli 2011 „Hitachi-GE Nuclear Energy" den Zuschlag für einen möglichen AKW-Neubau erhielt, hatte die Fukushima-Katastrophe die Voraussetzungen gründlich geändert: Die ursprünglichen Mitfinanziers bekamen kalte Füße, und in Litauen selbst meldete sich die Anti-AKW-Bewegung mit neuer Kraft zurück.

Denn auch sie hatte hier Tradition. Schon nach der Tschernobyl-Katastrophe 1986 hatte es große Demos gegen den damals noch geplanten Ausbau des AKW Ignalina um zwei weitere Reaktoren gegeben. 300.000 Menschen unterschrieben eine Protesterklärung. Moskau legte die Ausbaupläne daraufhin erst einmal auf Eis. Und Litauens Anti-Atom-Opposition wurde zusammen mit der Umweltschutzbewegung zum Kern des wenige Jahre später erfolgreichen Kampfes um die Selbständigkeit des Landes.

Stromimporte auch aus AKW-Ländern

Weil die Regierung in Vilnius viel zu lange auf Atomstrom gesetzt hat, wurde Litauen mit der Abschaltung von Ignalina von einem Stromexport- zu einem -importland. Von den jährlich verbrauchten 11 Milliarden Kilowattstunden Strom stammen derzeit nur rund 4 Milliarden aus einheimischer Produktion, davon etwa die Hälfte aus erneuerbaren Quellen, der Rest vorwiegend aus Gaskraftwerken. Die Strompreise stiegen um etwa ein Drittel auf das Niveau der Nachbarländer. Versorgungsengpässe gab es nicht. Inzwischen verbinden neue Stromkabel Litauen mit den Nachbarstaaten auch jenseits der Ostsee. 70 Prozent des Importstroms kommen heute aus der EU, unter anderem aus Schweden und Finnland; wie viel Atomstrom darunter ist, weist die Statistik nicht aus.

Gegen das 50 Kilometer von der litauischen Hauptstadt Vilnius entfernte weißrussische AKW in Astrawez allerdings, dessen erster Reaktor im Dezember ans Netz gehen soll, gibt es mittlerweile sogar regierungsamtliche Proteste. Litauen sei doch ein gutes Beispiel, wie es auch ohne Atomkraft gehe, konstatierte Regierungschef Saulius Skvernelis Anfang März in einem Interview. Er appellierte an die Regierung in Minsk, das AKW zu einem Gaskraftwerk umzubauen. Andernfalls, hat das litauische Parlament beschlossen, werde man zumindest aus Weißrussland keinerlei Strom mehr importieren.

Reinhard Wolff

„Erzählt man Details, sind die meisten schockiert“

Porträt | Katharina Müller, 18, hat die Fridays-for-Future-Streiks in Paderborn mit initiiert und wirbt dafür, auch für die Abschaltung aller AKW zu demonstrieren – weil viele die Atom-Gefahr schon nicht mehr auf dem Schirm haben

Foto: privat

Atomkraft war im Unterricht noch gar kein Thema – viele aus meiner Generation wissen auch deshalb so wenig darüber. Erzählt man ihnen aber ein paar Details, sind die meisten schockiert. Bei mir ist es ein bisschen anders, weil mein Vater ziemlich aktiv im Umweltschutz ist. Er hat mich auf Demos mitgenommen, seit ich neun oder zehn war. Im Fukushima-Jahr zum Beispiel war ich mit ihm in Berlin auf der riesigen Anti-Atom-Demo. Ich habe den Schrecken gespürt über das, was da passiert ist. Seitdem ist mir klar: Das muss dringend geändert werden, die AKW gehören schnellstmöglich abgeschaltet. Allerdings soll das letzte AKW in Deutschland ja erst 2022 vom Netz gehen. Was spät genug ist. Wenn nun aber mit Blick auf den geplanten Kohleausstieg diskutiert wird, die AKW-Laufzeiten zu verlängern, finde ich das furchtbar.

„Es hat sich doch nach Fukushima fast nichts geändert. Wenn in Europa ein Atomkraftwerk hochgeht, dann wären Millionen Menschen betroffen.“

Ich bin selbst seit eineinhalb Jahren in NGOs aktiv. Ehrlich gesagt, galt das bis vor Kurzem nicht als besonders cool. Ich wurde eher verwundert gefragt, was ich da überhaupt mache. Mit der „Fridays For Future“-Bewegung (F4F) ist es plötzlich völlig anders. Da findet gerade eine Bewusstwerdung statt. Vielen wird nun erst klar, dass die Bundesregierung keinen Wert auf unsere Zukunft legt, sondern vor allem die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne berücksichtigt. Viele sind plötzlich schockiert und sagen mir, okay, sie kommen auch mit auf die Streiks und fordern laut, dass es so nicht weitergehen könne.

Bei den F4F-Aktionen bin ich seit einigen Wochen dabei. Ich informiere mich über soziale Netzwerke, da folge ich Umweltschutzverbänden und -gruppen und halte mich so auf dem Laufenden. Ich höre auch häufiger Podcasts zu den Themen Umweltschutz, Politik und nachhaltiges Leben. Ich hatte also mitbekommen, dass eine Schwedin mit Namen Greta vor dem schwedischen Parlament saß. Dann kamen in Berlin erste Nachahmer*innen. Und als ich noch drüber nachdachte, ob es wohl auch in Paderborn so etwas geben könnte, entdeckte ich im Internet schon einen Link zur F4F-Gruppe hier vor Ort. Die Gruppe gab es seit einem Tag und es waren gerade mal fünf Leute drin. Drei Tage später waren wir schon 60 Schülerinnen und Schüler.

Von meinem Vater wusste ich ja schon, wie eine Demo organisiert wird. Also habe ich angeboten, das für unsere F4F-Streiks zu tun. Dass nun auch in Paderborn Schülerinnen streiken würden, stand schon vorher in der Presse. Aus der Presse habe ich dann auch erfahren, dass unser Schuldirektor das alles gar nicht so cool findet und seine Botschaft aus dem Artikel an die Schüler*innen war deutlich: Geht da nicht

hin, ihr bekommt Verweise oder müsst nachsitzen. Es war mir also gleich klar, dass ich mich vom Unterricht nicht beurlauben oder abmelden könnte. Paderborn ist ja schon ein eher konservatives Pflaster – und trotzdem kamen zum ersten Streik-Freitag gleich 600 Leute. Das war ziemlich motivierend, seitdem mache ich das weiter.

Von den Lehrerinnen und Lehrern kam übrigens nachher zurück: Ah, du warst auf der Demo, fand ich richtig cool, dass du das gemacht hast. Bei den Oberstufen-Schüler*innen wird mittlerweile das Streiken akzeptiert, bei den unteren Klassen ist es eher unerwünscht, Sanktionen wurden aber bisher nicht eingeführt. Mittlerweile heißt es in der Schule, Katharina ist freitags nicht mehr da, die ist für ihre Zukunft kämpfen. Ich gehe immer eine Stunde eher weg als die anderen, weil ich ja die Demo organisiere. Ich habe aber das Gefühl, dass ich das nicht für mich alleine mache, es ist eher ein großes Mit- und Füreinander. Bei der letzten Demo waren wir 1.200 Schülerinnen und Schüler, das finde ich schon ziemlich krass für diese Stadt.

Am 15. März war ja weltweiter Klimastreik, das war sehr sehr aufregend. Ich bin morgens aufgewacht und las als erstes, dass in Sydney schon Tausende auf den Straßen waren. Dann die anderen Städte, in Stockholm, Berlin, Düsseldorf, überall! Wow, krass! Und eine Riesenmotivation. Ich habe seitdem das Gefühl, ein Teil von etwas ganz Großem zu sein und dass wir vielleicht wirklich etwas verändern können. Was ich an allen Demos immer klasse finde, ist dieser Kampfgeist der Menschen. Hier spürt man dann, dass diese Menschen einfach wirklich für die Sache kämpfen, dass sie alles geben, dass es ihnen wichtig ist.

Ich persönlich begrüße die Unterstützung auch von Eltern, Erwachsenen, Wissenschaftler*innen. Das ist ja nicht nur ein Thema, das die Jugend angeht. Deswegen finde ich es richtig gut, dass Erwachsene auch mitmachen, auf die Straße kommen und Druck machen. Unsere Eltern sind immerhin diejenigen, die wählen gehen können. Sie können damit auch jetzt zeigen: Okay, vielleicht haben wir in den letzten Jahren nicht die Richtigen gewählt, und das werden wir jetzt ändern.

Für mich ist und bleibt bei der ganzen Klimadebatte auch das Thema Atomkraft wichtig. Wir haben in der Messenger-Gruppe – da sind jetzt etwa 150 Leute drin – auch diskutiert, ob wir zugleich für das Aus aller AKW demonstrieren. Am Ende hieß es jedoch, da der Ausstieg für 2022 ja schon beschlossen ist, sei es grade kein Thema. Ich finde, es ist definitiv noch ein Thema. Atomkraft zerstört unsere Umwelt, unsere Lebensgrundlagen. Zum Jahrestag der Fukushima-Katastrophe waren immer sehr viele Menschen bei den Mahnwachen. Nach acht Jahren hat das jetzt sehr abgenommen, ist ja irgendwie auch klar. Aber es hat sich doch nach Fukushima fast nichts geändert. Wenn in Europa ein Atomkraftwerk hochgeht, dann wären Millionen Menschen betroffen. Auch der Müll wird ja noch unvorstellbar viele Generationen belasten.

„Seit 18 Jahren steigen wir angeblich aus der Atomkraft aus! Das zeigt doch auch, wie unwichtig unserer Bundesregierung das Thema ist – und dass wir unbedingt dranbleiben müssen."

Schlimm, dass dennoch viele das Thema derzeit ignorieren. Eine Ausnahme sind die Aktionen gegen das belgische AKW Tihange – ich bekomme mit, dass die Grüne Jugend Aachen dort sehr aktiv ist. Aber ich bekomme auch mit, dass meine Freundinnen und Freunde gar nicht wissen, dass auch hierzulande immer noch Atomkraftwerke laufen. Die sind immer geschockt, wenn ich ihnen sage, dass das nächste AKW – Grohnde – nur 50 Kilometer Luftlinie von uns entfernt ist. Jede und jeder pflichtet mir dann sofort bei: Das ist ja richtig mies, das muss doch sofort abgeschaltet werden. Seit 18 Jahren steigen wir angeblich aus der Atomkraft aus! Das zeigt doch auch, wie unwichtig unserer Bundesregierung das Thema ist. Und dass wir unbedingt dranbleiben müssen, jetzt vielleicht noch mehr als ohnehin schon."

fridaysforfuture.de

Protokoll: Julia Schumacher

Anzeige

Auf nach Schönau!
Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom
Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.
EWS ElektrizitätsWerke Schönau
atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.
Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de

.ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellung per Telefon 040 / 2531 8940 oder direkt online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: www.ausgestrahlt.de/shop

Für Deine Bestellung innerhalb Deutschlands fallen 4,70 € anteilige Versandkosten an.

Flyer
„Atomkraft ist kein Klimaretter"
Klimaschutz? Ja bitte!
Aber nur mit Erneuerbaren
Energien, nicht mit Atomkraft
DIN lang, doppelseitig – kostenlos
M-309-19

WEG MIT KOHLE UND ATOM

Transparent
„Weg mit Kohle und Atom"
Wetterfest, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben, an den Ecken Ösen zum Befestigen. 250 × 70 cm
Solipreis – 45 Euro V-309-01-1
Normalpreis – 30 Euro V-309-01-2
Leider-leider-Preis – 15 Euro V-309-01-3

Flyer
„Richtig abschalten"
Atom- und Kohleausstieg sind kein Widerspruch
DIN lang, achtseitig – kostenlos M-309-17

Flyer
„Die Schauermärchen der Atomlobby"
Mit dreisten Falschbehauptungen versucht die Atomlobby, die Energiewende schlechtzureden. Dieser Flyer erklärt die Fakten
DIN lang, achtseitig – kostenlos M-309-02

EUROPA OHNE ATOM

Transparent
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!"
Jetzt bestellen für die bundesweiten Demos am 19.5. vor den Europawahlen!
Wetterfest, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben, an den Ecken Ösen zum Befestigen. 300 × 70 cm
Solipreis – 45 Euro M-315-07-1
Normalpreis – 30 Euro M-315-07-2
Leider-leider-Preis – 15 Euro M-315-07-3

Flyer
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!"
Din lang, sechsseitig, kostenlos M-315-04

Unterschriftenliste
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!"
mit Platz für 14 Unterschriften
A4, zweiseitig – kostenlos M-315-03

Spucki-Block
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!"
Anfeuchten und aufkleben. 50 Blatt pro Block
A7 – kostenlos M-315-05

Plakat
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!"
A2 – kostenlos M-315-06
A3 – kostenlos M-315-02

Hintergrund-Info
„Euratom – oder Europa ohne Atom"
Fragen und Antworten zur Europäischen Atomgemeinschaft
A5, vierseitig – kostenlos M-315-01

ATOMAUSSTIEG JETZT

Plakat
„Atomausstieg jetzt!" – Zora
A2 – kostenlos M-316-09
A3 – kostenlos M-316-10

Plakat
„Atomausstieg jetzt!" – Lenny
A2 – kostenlos M-316-01
A3 – kostenlos M-316-02

Postkarten-Set
„Atomausstieg jetzt!"
Set aus 5 × 4 Postkarten
(Zora, Lenny, Pina und Kilian)
A6, zweiseitig – kostenlos
M-316-07

Sprechblase
„Ihr steigt schon mein ganzes Leben lang aus"
A3 – kostenlos M-316-08

Sprechblase blanko
Poste Dein Foto und Deine Botschaft in den Sozialen Medien
A3 – kostenlos M-316-11

ATOMMÜLL

Atommüll-Zeitung
Mit Infos und Artikeln zur Atommülllager-Suche, Ausgabe #01
„taz"-Format, vierseitig – kostenlos M-302-35

DVD „Wackersdorf"
Eine wahre Geschichte: Ein Oberpfälzer Landrat kämpft gegen die Atomlobby
13,99 Euro V-127-10

Flyer
„Standortsuche. Ene, mene, muh..."
Kompakt-Infos zur aktuellen Standortsuche
DIN lang, achtseitig – kostenlos M-302-30

Broschüre „Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Standortsuche für ein langfristiges Atommüll-Lager nach StandAG"
Eine Analyse von Dr. Dieter Kostka im Auftrag von .ausgestrahlt. 3. Auflage, November 2018
A4, 167 Seiten – 5 Euro M-302-39

Broschüre „Atommüll-Lager per Gesetz"
Kritische Anmerkungen zum Standortauswahlverfahren
A6, 48 Seiten – kostenlos M-302-23

NEUE REAKTOREN

Flyer
„Schöne neue Reaktorwelt"
„Generation IV" und andere neue AKW
Din lang, achtseitig – kostenlos M-128-05

.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Magazin Nr. 43
zum Auslegen und Verteilen
A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-43

Foto: Tim Lüddemann

Friday Against Nuclear

Zehntausende Schüler*innen gehen jeden Freitag in zahlreichen Städten für wirksame Klimaschutzmaßnahmen auf die Straße. Atom-Lobbyist*innen wittern ihre Chance und machen eifrig Werbung für neue AKW und längere Laufzeiten. .ausgestrahlt produziert Flyer, die über die Atom-Risiken aufklären und kurz und knapp erläutern, warum AKW das ungeeignetste Mittel sind, um den Klimawandel zu bremsen; zahlreiche Atomkraftgegner*innen verteilen diese auf den Demos. Der Absatz ist reißend, die Flyer werden laufend nachgedruckt. Bestellung auf Seite 20. **ausgestrahlt.de/klima**

Lehrfilme und Lehrmaterial

Das Fachportal „atommüllreport“, zu dessen Trägerkreis .ausgestrahlt gehört, hat im Rahmen seines aktuellen Bildungsprojektes für Schulen bereits zwei empfehlenswerte Lehrfilme produziert. Die etwa zehnminütigen Videos behandeln die Themen „Radioaktivität“ und „Atommüll“. Du findest sie zusammen mit weiterem für Unterrichtszwecke kostenlosen Bildungsmaterial zum Thema Atommüll auf **atommuellreport.de**

Transparenz über Standortsuche

Mit umfangreicher Pressearbeit sowie bei zahlreichen Veranstaltungen, organisiert jeweils von örtlichen Atomkraftgegner*innen, klärt .ausgestrahlt bundesweit über die bereits laufende behördliche Standortsuche für ein tiefengeologisches Atommüll-Lager und die gravierenden Defizite des Suchverfahrens auf. Vielerorts wird auf diese Weise überhaupt erst bekannt, dass die Region eine potenzielle Standortregion ist, und dass die Betroffenen laut Gesetz bisher keinerlei Mitspracherecht haben.

ausgestrahlt.de/standortsuche

Stürmischer Protest am Fukushima-Jahrestag

In bundesweit mehr als 70 Orten rücken Atomkraftgegner*innen rund um den 8. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima Atomkraft und die Atom-Gefahren ins öffentliche Bewusstsein – mit Mahnwachen, Demonstrationen, Ausstellungen und Info-Veranstaltungen (zum Teil mit .ausgestrahlt-Referent*innen). Sie machen auf die desaströse Situation in Japan aufmerksam, kritisieren die Pro-Atom-Politik der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und fordern, die Atomkraftwerke endlich abzuschalten: Sieben Meiler sind in Deutschland noch am Netz.

Im nordrhein-westfälischen Ahaus ziehen am 9.3. trotz Regen, Sturm und Hagel rund 1.400 Demonstrant*innen samt 82 Treckern zum Atommüll-Zwischenlager. Noch in diesem Jahr drohen Castor-Transporte aus Jülich und Garching, die unter anderem sogar waffenfähiges Material nach Ahaus bringen sollen. .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay fordert in seinem Redebeitrag den sofortigen Stopp der Produktion weiteren Atommülls.

Am 10.3. in Neckarwestheim bei Stuttgart sind die Wetterverhältnisse ebenfalls mehr als ungemütlich. Dennoch tragen auch hier rund 500 Atomkraftgegner*innen „stürmischen" Protest in die Öffentlichkeit.

Viele Medien, gerade auch viele Lokalzeitungen, berichten über die örtlichen Aktionen. Der Anti-Atom-Widerstand erreicht so auch viele Menschen, für die das Atom-Thema sowie die Gefahren und Folgen der Atomkraftnutzung schon in Vergessenheit geraten sind. .ausgestrahlt hat die Proteste und Veranstaltungen regional beworben, umfangreiches Material zur Verfügung gestellt und mit bundesweiter Pressearbeit unterstützt.

ausgestrahlt.de/jahrestage2019

Foto: Helge Bauer

Ahaus

Foto: Christine Weinert

Göttingen

Foto: Helge Bauer

Demorede im Starkregen in Ahaus

Foto: Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim

Demo zum AKW Neckarwestheim

Foto: n_schoenlauwarm / Instagram

Volljährig!

Am 11. Juni 2019 wird der Atomausstieg „erwachsen"; 18 Jahre ist der erste Ausstiegsbeschluss dann alt. Für alle zwischen 0 und 18 Jahren dauert der „Ausstieg" somit schon das ganze Leben lang. Zeit, die AKW nun endlich abzuschalten, findet nicht nur .ausgestrahlt und startet im Februar die Aktion „Atomausstieg jetzt!". Vor allem junge Atomkraftgegner*innen beziehen in den sozialen Medien Stellung. Sprechblasen – auch blanko – gibt es kostenlos im .ausgestrahlt-Shop.

ausgestrahlt.de/atomausstieg-jetzt
#AtomausstiegJetzt #ZeigGesicht

Foto: lindamarie_official / Instagram

Ziehst Du um, teile uns Deine neue Adresse mit! Dieses Magazin wird trotz Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt.

Foto: Conradt / PublixviewinG

Rainer Finken, Hannover

„Ich fördere .ausgestrahlt, damit der ‚Ausstieg' nicht in Vergessenheit gerät oder aufgeweicht wird."

Klimaschutz ausgebremst

Infografik | Je schneller die Erneuerbaren Energien ausgebaut werden, desto besser für Atomausstieg und Klima. Doch die Politik bremst – trotz drastisch gesunkener Kosten etwa für Solarstrom

Quellen: Bundeswirtschaftsministerium, Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik, Bundesverband Solarwirtschaft

.ausgestrahlt fordert:

- Erneuerbare Energien nicht ausbremsen
- Vorrang für Ökostrom im Stromnetz
- Atomausstieg jetzt – Atomkraftwerke abschalten